

Wolfgang Pollan, Yvonne Schnitzer*)

Hohe Teuerung in Österreich in den Jahren 1992 und 1993

Der kräftige Anstieg der Verbraucherpreise hielt 1993 an Trotz der Konjunkturlaute und des Verfalls der Rohstoffpreise betrug die Teuerung 3,6% und lag damit nicht nur erheblich über dem OECD-Durchschnitt, sondern war auch höher als in den Abwertungsländern Großbritannien, Irland, Norwegen, Schweden und Finnland.

Die Entwicklung der Rohstoffpreise, insbesondere der Rohölpreise, hat in den letzten zwei Jahrzehnten die Preisentwicklung auf der Konsumentenebene entscheidend beeinflusst. Nach

Österreich schnitt 1992 und 1993 im Vergleich der Inflationsraten schlecht ab: 1993 lag die Teuerungsrate mit 3,6% erheblich über dem OECD-Durchschnitt. Besonders auffällig war der Umstand, daß die Inflation in Österreich höher war als in Abwertungsländern wie Großbritannien und den skandinavischen Ländern. Dies läßt vermuten, daß der Rückgang der Importpreise — zum Teil eine Folge der Aufwertung des Schillings — nur unvollständig an die heimischen Verarbeiter und Konsumenten weitergegeben wurde.

Österreich ist der Anteil an den Rohstoffimporten ähnlich hoch), ergibt sich jedoch eher der gegenteilige Befund: In den Jahren 1986 bis 1988 gingen die österreichischen Importpreise für Rohöl nicht so stark zurück wie die Notierungen im HWWA-Index; seither wurde diese Entwicklung nicht mehr wettgemacht. Die Unterschiede sind jedoch wenig ausgeprägt.

Der Vergleich auf der Ebene der Rohstoffpreise unterliegt aber Einschränkungen: Er bezieht sich nur auf Rohstoffe; darüber hinaus gibt der HWWA-Index hauptsächlich Spotpreise wieder, deren Entwicklung von jenen Preisen, zu denen tatsächlich importiert wird, abweichen kann.

Weitergabe internationaler Einflüsse an das heimische Preisniveau

dem ersten und zweiten Erdölpreisschock brach 1986 der Erdölmarkt zusammen und riß, gefördert durch die weltweite Nachfrageschwäche, auch die übrigen Rohstoffprei-

Verfall der Rohstoffpreise

se mit. Nach einem neuerlichen Anstieg folgte von etwa 1990 bis 1993 wieder eine Phase sinkender Preise.

Ein Vergleich der Industrierohstoffpreise laut HWWA-Index mit einem entsprechenden Index der österreichischen Importpreise (wobei Unterschiede in der Warenstruktur ausgeschaltet sind) liefert keine Hinweise auf systematische Abweichungen *zuungunsten* der österreichischen Verarbeiter. Für die wichtige Gruppe der Rohölpreise, die im HWWA-Index mit einem Gewicht von 58% vertreten ist (in

Importpreise: Vergleich Österreich — Westdeutschland

Eine Ausweitung auf Halbfertig- und Fertigwaren bietet eine Gegenüberstellung der Importpreise Österreichs und der BRD (Westdeutschlands), zweier Länder also, deren Währungen sich parallel entwickeln¹⁾ Allerdings muß hier berücksichtigt werden, daß die Einbeziehung zunehmend inhomogener Warengruppen die Vergleichbarkeit stört

Die österreichischen Importpreise sanken von 1991 bis 1993 um 2,6% die deutschen Importpreise um 5,2%. Eine grobe Aufgliederung nach Warengruppen, für die Preise errechnet werden können, zeigt, daß der Hauptteil der Unterschiede in der Warenstruktur begründet ist: Österreich führt mehr Investitionsgüter und Konsumgüter ein als Westdeutschland, also Güter auf einer höheren Fertigungsstufe als Rohstoffe und Halbfertigwaren. Investitionsgüter und Konsumgüter verteuerten sich leicht, während sich andere Warengruppen verbilligten. Die größten

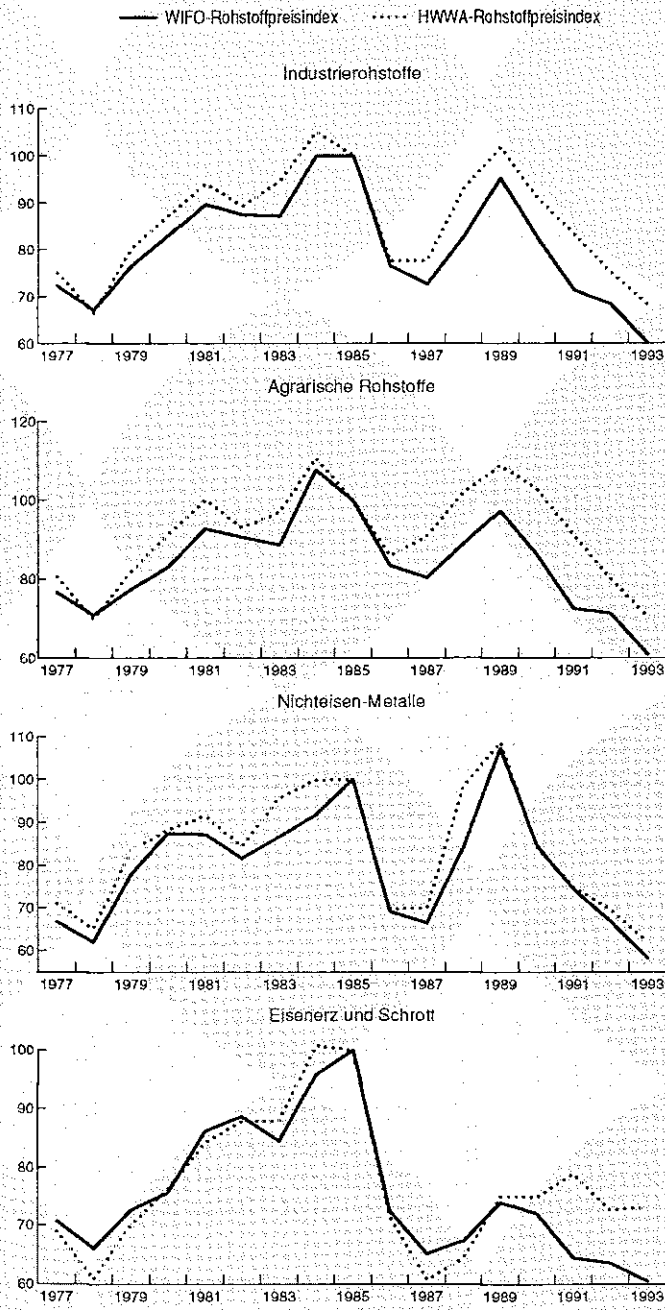
*) Die Aufbereitung der statistischen Daten betreuten Eva Latschka und Annamaria Rammel

¹⁾ Der Vergleich der Außenhandelspreisentwicklung in Deutschland und Österreich wird durch Unterschiede in den Preisstatistiken erschwert. Während in der österreichischen Statistik nur die adaptierten Preise des ÖSTAT, die auf Durchschnittswerten basieren, verfügbar sind (die „Ursprungsdaten“ werden nach internen Unterlagen des Zentralamtes um „Ausreißer“ revidiert) weist die deutsche Statistik echte (erhobene) Preise aus. Aufgrund der Umstellungsschwierigkeiten im Zuge der statistischen Neuerfassung des Intra-EU-Handels seit Jänner 1993 ist allerdings eine Berechnung von Durchschnittswerten für Deutschland, die mit österreichischen Preisdaten eher vergleichbar wären, nicht möglich. Deshalb werden hier im Vergleich der Außenhandelspreisentwicklung die „echten“ deutschen Preise als Annäherung an Durchschnittspreise in der BRD verwendet. Eine Gegenüberstellung der Entwicklung der „echten“ Importpreise Deutschlands mit den Durchschnittswerten (Unit Values) der deutschen Importe für 1992 zeigt auch nur geringfügige Unterschiede. Gemessen an allen Waren ergibt sich für 1992 nach den Durchschnittswerten ein Preisrückgang von 3,0% nach den echten Importpreisen von 3,2%.

Rohstoffimportpreise

Abbildung 1

Index Basis 1985 = 100



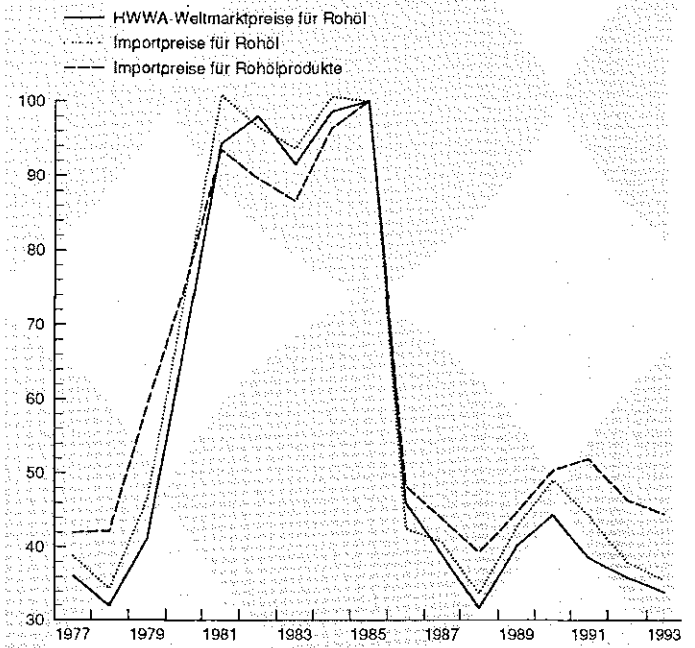
Unterschiede in der Preisentwicklung betreffen Nahrungsmittel und chemische Erzeugnisse

Die Unterschiede in der Warenstruktur können etwas näher ausgeführt werden. Die Veränderungsraten von -2,6% bzw. -5,2% entstammen Preisindizes, deren Basis (und Gewichtung) in verschiedenen Jahren liegt. Wenn die Preisveränderungen — wie in den letzten Jahren — nach Warengruppen sehr stark streuen, können sich die Anteile der Untergruppen am Wert der Exporte deutlich verschieben. Damit hängt die Gewichtung der Importpreisindizes erheblich davon ab, welches Jahr zum Basisjahr gewählt wurde. Um dieselbe Basis zu schaffen, wurden die Preissteigerungsraten der einzelnen Untergruppen sowohl für Westdeutschland als auch für Österreich mit den Exportanteilen aus dem Jahr 1992 zusammengewichtet. In

Rohölpreise

Abbildung 2

Index Basis 1985 = 100



dieser Berechnung schrumpft die Differenz zwischen den Veränderungsraten der Importpreise Westdeutschlands und Österreichs von 2,6 auf 1,6 Prozentpunkte. Wenn die Veränderungsraten der deutschen Importpreise (nach Warengruppen) mit den österreichischen Importanteilen gewichtet werden, also die Gewichtungsunterschiede zwischen dem österreichischen und dem deutschen Import ausgeschaltet werden, ergibt sich ein Rückgang der deutschen Importpreise um 3,1%. Der Preisvorteil Westdeutschlands geht demnach zu einem guten Teil auf die günstigere Warenstruktur zurück.

Auch innerhalb einer Warengruppe könnten in Deutschland jene Waren ein größeres Gewicht haben, die überdurchschnittlich verbilligt wurden. Dies zeigt deutlich die detaillierte Analyse der Importe von chemischen Erzeugnissen (siehe Kasten), während die günstigere Entwicklung der Preise im Nahrungsmittelimport in Westdeutsch-

Entwicklung der Importpreise Österreichs und Westdeutschlands nach Warengruppen

	Österreich		Westdeutschland	
	Importpreise 1991/1993 Veränderung in %	Importanteil 1992 in %	Importpreise 1991/1993 Veränderung in %	Importanteil 1992 in %
Nahrungsmittel	- 3,3	4,5	- 8,1	8,6
Rohstoffe	- 7,5	4,2	- 9,0	4,5
Brennstoffe	-18,3	5,1	-18,0	7,4
Chemische Erzeugnisse	- 1,8	9,8	- 7,3	8,6
Bearbeitete Waren	- 7,7	18,5	- 6,4	16,7
Maschinen, Fahrzeuge	+ 1,4	39,5	+ 1,0	34,5
Konsumwaren	+ 1,2	17,8	+ 0,6	16,2
Alle Waren	- 2,6	100,0	- 5,2	100,0
Neugewichtung 1992 (Alle Waren ¹⁾)	- 2,2	—	- 3,8	—

Q: ÖSTAT, Statistisches Bundesamt Wiesbaden, eigene Berechnungen. — ¹⁾ Hypothetische Veränderung der deutschen Importpreise bei österreichischer Warenstruktur.

Importpreise chemischer Erzeugnisse

In der Importstruktur chemischer Erzeugnisse haben energie- und rohstoffintensive Produkte niedriger Verarbeitungsstufe im deutschen Import allgemein ein größeres Gewicht als in Österreich; ihre Preisentwicklung auf den Rohstoffmärkten (vor allem Erdöl und Erdölzeugnisse) schlägt kräftiger auf die Importpreise der Produkte durch Österreich importiert relativ mehr chemische Waren höherer Verarbeitungsstufen. Diesen Unterschied spiegeln am deutlichsten die Importe von medizinischen und pharmazeutischen Erzeugnissen (höherer Anteil Österreichs) bzw. von organischen Chemikalien wider (geringer Anteil Österreichs).

Da Preisreihen der Importe Österreichs in dieser Disaggregationsstufe nicht verfügbar sind, geht die Preisentwicklung der hier betrachteten Warenuntergruppen in Österreich nur indirekt, aus der Entwicklung der Importpreise bzw. der Exportpreise der BRD hervor — die BRD ist der wichtigste Exporteur chemischer Erzeugnisse nach Österreich. Die größte Preissenkung weisen diese Daten für Importe von organischen Chemikalien aus; in der für Österreich wichtigeren Importgruppe der medizinischen und pharmazeutischen Erzeugnisse sowie der Riech-, Pflege- und Reinigungsmittel ergeben sich dagegen leichte Preissteigerungen. Der Preisvorteil chemischer Erzeugnisse aus der BRD ist somit zum Großteil durch Warenstrukturunterschiede zu erklären.

land eher dem Einfluß der besonderen Regelungen der EU für landwirtschaftliche Produkte zuzuschreiben ist. Die Unterschiede im Verlauf der Importpreise sind also sehr gering.

Deutliche Unterschiede in der Preisentwicklung auf der Großhandelsebene

Etwas deutlicher unterscheidet sich die Entwicklung auf der Stufe der *Großhandelspreise*. Ein Vergleich zwischen Österreich und Westdeutschland ergibt für 1986 und 1987 — die Jahre des drastischen Verfalls der Rohstoffpreise — in Österreich einen flacheren Rückgang, der in den fol-

Warenstruktur der österreichischen und deutschen Importe von chemischen Erzeugnissen Übersicht 2

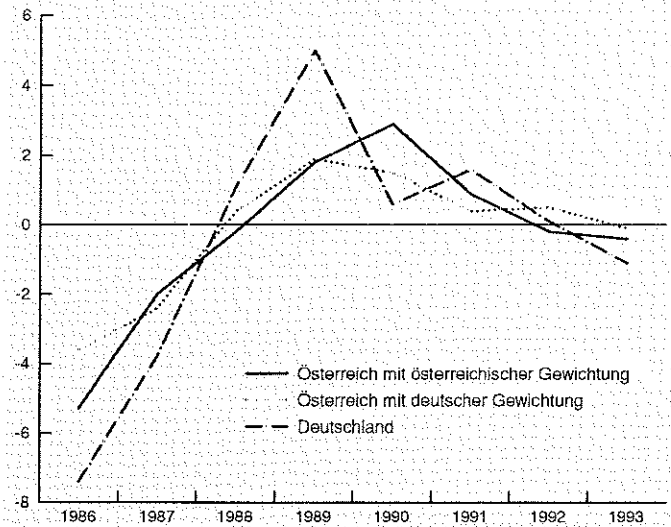
SITC (rev. 3)	1992		1993	
	Anteile am Gesamtimport von SITC 5 in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
	Österreich	Westdeutschland	Importpreise Westdeutschlands	Exportpreise Westdeutschlands
51 Organische Chemikalien	10,4	23,7	-12,3	-6,5
52 Anorganische Chemikalien	6,1	7,3	-6,8	-6,5
53 Farbstoffe	8,6	5,4	-5,6	+0,2
54 Medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse	22,5	13,4	+2,0	±0,0
55 Riech-, Pflege-, Reinigungsmittel	9,6	6,6	+2,6	+3,2
56 Düngemittel	1,3	2,7	-10,2	+0,4
57 Kunststoff in Primärform	18,8	19,4		
58 Kunststoffe anders	10,8	9,4		
59 Chemische Erzeugnisse a. n. g.	11,9	12,0		
5 Chemische Erzeugnisse	100,0	100,0	-7,2	-3,3

Q: WIFO-Welthandelsdatenbank Statistisches Bundesamt Wiesbaden

Großhandelspreisindex

Abbildung 3

Veränderung gegen das Vorjahr in %



genden Jahren nicht voll durch einen gemäßigeren Preisauftrieb wettgemacht wurde. Diese Diskrepanz läßt sich nicht auf Gewichtungsunterschiede zwischen den beiden Großhandelspreisindizes zurückführen. Eine Zusammenfassung von 14 Untergruppen des österreichischen Großhandelspreisindex nach dem deutschen Gewichtungsschema ergibt noch größere Unterschiede zum Nachteil der österreichischen Verarbeiter.

Beschränkte Aussagekraft von Preisvergleichen für Bezugsbedingungen der Verarbeiter

Ein Vergleich der Einfuhr- und Großhandelspreise kann jedoch nur erste Hinweise darauf liefern, ob gewerbliche Verarbeiter zu denselben Preisen wie ihre ausländischen Konkurrenten einkaufen können. Ähnliche Überlegungen gelten für die Endverbraucherpreise. Zwischen Rohstoff- und Importpreisen, ja auch zwischen Großhandelspreisen und jenen Preisen, denen sich Verarbeiter und Konsumenten gegenüber sehen, liegen in der Regel mehrere Verarbeitungs- und Handelsstufen.

Dies dürfte etwa im Vergleich Österreichs mit Westdeutschland und anderen großen Industrieländern eine wichtige Rolle spielen. Während deutsche Verarbeiter auf den internationalen Märkten, unter Umgehung einer oder

Großhandelspreisindex

Übersicht 3

Jahr	Österreich		Österreich mit deutscher Gewichtung		Westdeutschland	
	1985 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	1985 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	1985 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %
1985	100,0		100,0		100,0	
1986	94,7	-5,3	96,4	-3,6	92,6	-7,4
1987	92,8	-2,0	94,0	-2,5	89,1	-3,8
1988	92,6	-0,2	94,4	+0,4	90,1	+1,1
1989	94,2	+1,8	96,2	+1,9	94,6	+5,0
1990	96,9	+2,9	97,6	+1,5	95,2	+0,6
1991	97,8	+0,9	98,1	+0,4	96,7	+1,6
1992	97,5	-0,2	98,6	+0,5	96,8	+0,1
1993	97,1	-0,4	98,5	-0,1	95,7	-1,1

sogar zweier Handelsstufen, selbst einkaufen können, sind viele österreichische Verarbeiter auf die Belieferung durch den heimischen Handel angewiesen. Hier wirkt zweifellos ein Größeneffekt. Angesichts der geringen Durchschnittsgröße der österreichischen Unternehmen liegt der Schluß nahe, daß in Österreich die Verarbeiter vom Großhandel selbst mit jenen Waren wie Investitionsgütern, Rohstoffen und Intermediärgütern versorgt werden, die Unternehmen in Ländern mit größeren Betriebs-einheiten häufig direkt von den Erzeugern beziehen. Dafür sprechen der Befund einer Studie über Energieimportpreise, die deutliche Unterschiede zwischen Groß- und Kleinabnehmern ortet, sowie die bedeutend größere Rolle, die der Großhandel in der österreichischen Volkswirtschaft im Vergleich zu Westdeutschland spielt: In Österreich erreicht der Großhandel einen Anteil an der Brutto-Wertschöpfung von gut 8%, in der BRD von nur 5,5%. Ob allerdings der gesamte Unterschied funktional bedingt und nicht auf wettbewerbsbehindernde Vereinbarungen (z. B. Verbote von Parallelimporten) zurückzuführen ist, führt in eine Erörterung der Wettbewerbsregeln in Österreich. Die Vermutung liegt jedoch nahe, daß viele österreichische Verarbeiter mit höheren Inputpreisen konfrontiert sind als die entsprechenden deutschen Verarbeiter, mit denen sie im Wettbewerb stehen.

Ein Vergleich auf der Verbraucherebene bietet zusätzliche Anhaltspunkte für die Beantwortung der Frage nach einer unvollständigen Weitergabe von Importverbilligungen. Hierfür eignet sich besonders ein Vergleich mit Westdeutschland, der im Abschnitt über die Preisentwicklung von Industriewaren enthalten ist.

Die kurzfristige Entwicklung der Verbraucherpreise

Im Jahr 1992 erreichte die Inflationsrate in Österreich 4,1%. Schaltet man allerdings die — rückläufigen — Preise von Saisonwaren (Obst, Gemüse und Kartoffeln) aus, so ergibt sich eine Inflationsrate von 4,2%. Für Anfang 1993

Häufung von Preiserhöhungen zu Jahresbeginn 1993

war eine Verlangsamung um etwa ½ Prozentpunkt erwartet worden, da im Vorjahresvergleich die Auswirkungen der Erhöhung der Mineralölsteuer und der Änderung der Getränkebesteuerung wegfielen. Tatsächlich verminderte sich die Inflationsrate jedoch nur von 4,2% im Dezember 1992 auf 4,1% im Jänner 1993. Die Preise einer großen Zahl von Waren und Dienstleistungen stiegen zu Jahresbeginn merklich. Die Häufung von Preiserhöhungen zu Jahresbeginn ist zwar nicht ungewöhnlich, sie war jedoch 1993 besonders ausgeprägt. Zudem hatte sich der Preisauftrieb in manchen Bereichen bereits im Herbst 1992 verstärkt, war jedoch in den Veränderungsdaten gegenüber dem Vorjahr erst mit Jänner 1993 erkennbar. Die Inflationsprognose von 3,5%, die im Herbst 1992 erstellt worden war, konnte daher nicht aufrechterhalten werden.

Inflationsraten in Österreich nach Untergruppen

Übersicht 4

	1992	1993	1994 I. Quartal
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Nahrungsmittel	+3,7	+2,3	+1,0
Preisgeregelt	+6,4	+2,4	-0,2
Nicht preisgeregelt	+4,8	+3,2	+2,7
Fleisch, Geflügel, Fische	+4,3	+2,1	+0,8
Saisonwaren	-7,5	-2,3	-5,8
Tabakwaren	+3,0	+1,6	+3,5
Mieten	+6,5	+5,2	+6,2
Dienstleistungen im Bereich der			
Wohnung	+6,5	+6,7	+4,8
Sachgüter im Bereich der Wohnung	+2,5	+2,7	+2,5
Dienstleistungen			
Preisgeregelt	+3,7	+4,0	+5,6
Nicht preisgeregelt	+5,3	+6,0	+4,0
Ohne Reisen und Unterkunft	+5,4	+5,7	+4,8
Reisen und Unterkunft	+5,0	+6,6	+2,0
Industrielle und gewerbliche Waren	+3,1	+3,3	+2,7
Industrielle Verbrauchsgüter	+3,0	+2,5	+2,4
Gebrauchsgüter			
Langlebig	+2,0	+3,5	+2,7
Kurzlebig	+4,1	+3,6	+2,9
Energie	+3,0	-0,7	+0,8
Index der Verbraucherpreise	+4,0	+3,6	+3,1
Ohne Saisonwaren	+4,2	+3,7	+3,3
Ohne Energie	+4,1	+4,0	+3,3

1993 schwächte sich der Preisauftrieb trotz sinkender Rohstoffpreise und des kräftigen Konjunkturerinbruchs nur wenig ab: von 4,1% im Jahr 1992 auf 3,6%. Wie im Vorjahr dämpften rückläufige Saisonwarenpreise die Inflation. Ohne Berücksichtigung der Saisonwaren erreichte die Teuerungsrate 3,7%. Anfang 1994 ließ der Preisauftrieb neuerlich nach: Im Durchschnitt des I. Quartals 1994 betrug die Teuerungsrate nur noch 3,1% (ohne Saisonwaren allerdings noch immer 3,3%).

Übersicht 4 gibt den Verlauf von mehreren Untergruppen des Verbraucherpreisindex wieder, die nach Art der Preisbildung und der Güter verhältnismäßig homogen sind (siehe dazu auch Abbildung 4).

Schwache Erhöhung der Nahrungsmittelpreise

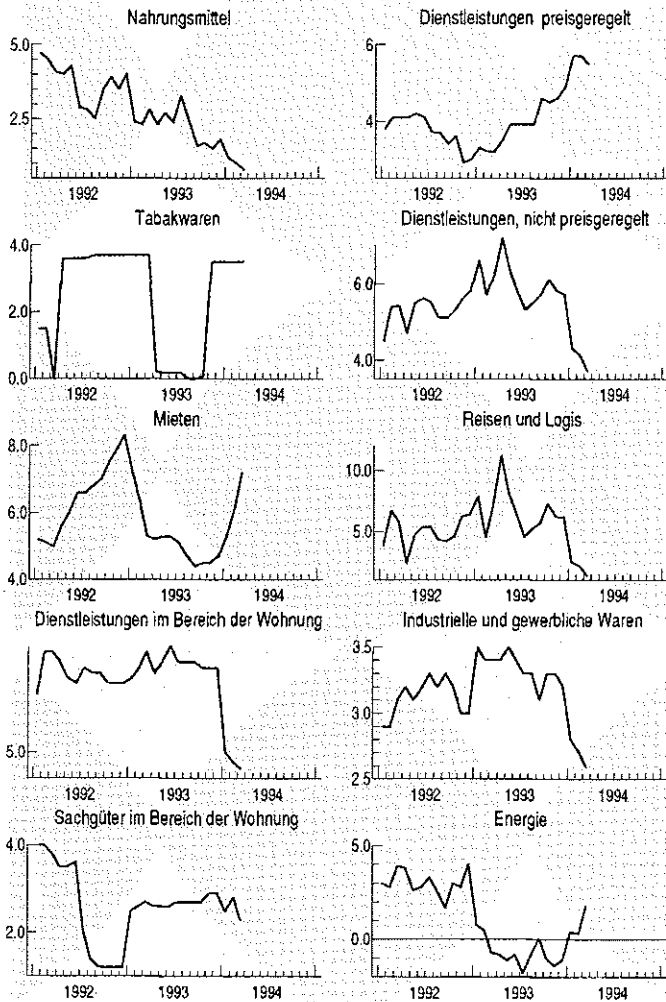
Nahrungsmittel verteuerten sich 1993 (+2,3%) merklich schwächer als 1992 (+3,7%). Die Beruhigung setzte sich im I. Quartal 1994 fort. Wie 1992 waren die Saisonprodukte 1993 und im I. Quartal 1994 billiger als ein Jahr zuvor. Die geringe Verteuerung von Fleisch, Geflügel und Fisch spiegelt die gute Versorgungslage in diesem Sektor wider. Auch der Preisauftrieb preisgeregelter Nahrungsmittel (Mehl und Mehlprodukte, Milch und Milchprodukte usw.) schwächte sich rasch ab. Mit dem Auslaufen der bisher geltenden Marktordnung verschärfte sich der Wettbewerb zu Jahresbeginn 1994 auf dem Milchmarkt, und die Preise von Milch und einigen Milchprodukten sanken sogar.

Die Anhebung der Preise von Tabakwaren im Herbst 1993 erhöhte die Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr wieder auf über 3%, nachdem sie ein halbes Jahr lang bei Null gelegen war.

Inflationsraten in Österreich

Abbildung 4

In %



Die Mieten stiegen in den letzten Jahren rasch; dazu trugen sowohl die steigende Anspannung auf dem Wohnungsmarkt als auch die Anhebung der Mietzinsobergrenzen bei.

Weiterhin kräftiger Anstieg der Mietzinsen – deutliche Anhebung der Gemeindeabgaben

zen bei Gemessen an der Jahresveränderungsrate trat der Höhepunkt mit +8,3% im Dezember 1992 ein. Seitdem schwächte sich der Preisauftrieb rasch ab; gegen Ende des Jahres 1993 setzte aber ein neuerlicher Anstieg ein, und die Veränderungsrate erreichte im I. Quartal 1994 +6,2%. Im Verbraucherpreisindex 1986 haben Mieten (einschließlich Betriebskosten) ein im internationalen Vergleich geringes Gewicht: 5,25%. Andererseits enthält der österreichische VPI Aufwendungen für den Eigenheimbau. Diese sind hauptsächlich unter den Positionen „Dienstleistungen und Sachgüter im Bereich der Wohnung“ erfaßt (Übersicht 4, Abbildung 4)²⁾. Diese Positionen erfassen al-

lerdings nur die Baumaterialien bzw. Handwerkerarbeiten (für den Bau und die Reparatur von Wohnungen) und Gemeindeabgaben (und Gebühren für Rauchfangkehrerarbeiten), nicht jedoch Aufwendungen für die (rasch steigenden) Bodenpreise. Dies dürfte im internationalen Vergleich eine erhebliche Unterschätzung des Anstiegs der Wohnkosten zur Folge haben. Dienstleistungen im Bereich der Wohnung (Maurerarbeiten, Zimmermannsarbeiten, Zentralheizungsbau, Fenstereinbau, Fliesenlegen sowie Wassergebühr, Müllabfuhrgebühr, Kanalgebühr, Rauchfangkehrer) verteuerten sich 1992 und 1993 weit überdurchschnittlich (+6,5% und +6,7%) – vor allem weil sich die darin enthaltenen Gemeindeabgaben um über 10% erhöhten. Erst 1994 verlangsamte sich der Anstieg auf etwa 5% (Gemeindeabgaben +6½%). Die Preise von Sachgütern im Bereich der Wohnung (Baumaterial) entwickelten sich ähnlich wie die Preise von Industrieprodukten.

Starke Anhebung von Gebühren und Tarifen Anfang 1994

Auch die amtlich geregelten Dienstleistungspreise³⁾ (dazu gehören z. B. Spitalskosten, Preise von Theaterkarten, Radio- und Fernsehgebühren, Kraftfahrzeugsteuer, Prämien der Haftpflichtversicherung, Tarife des öffentlichen Verkehrs, Telefon- und Postgebühren) ziehen seit Ende 1991 verstärkt an. In den ersten drei Monaten 1994 beschleunigte sich der Preisauftrieb auf 5,6%.

Verteuerung von Urlaubsleistungen schwächt sich nach langer Verzögerung ab

Die nicht preisgeregelten Dienstleistungen bestehen aus zwei Untergruppen, deren Preisentwicklung seit einigen Jahren deutlich auseinanderläuft: Reisen und Unterkunft haben ein Gewicht von 30% (davon drei Viertel für Urlaub und Reisen im Ausland); sonstige Dienstleistungen haben einen Anteil von 70%. Die Preise von Urlaubsleistungen lagen im Jahr 1993 trotz schwacher Nachfrage und der Abwertung in einigen Zielländern um 6,6% über dem Vorjahresniveau; am höchsten war die Steigerungsrate mit 8,6% im II. Quartal. Diese deutliche Verteuerung geht zum Teil darauf zurück, daß in der Indexberechnung für eine Reihe von Urlaubsorten die Sommersaisonpreise (mangels Preismeldungen) über die Wintermonate weitergeschrieben werden müssen und somit die tatsächlichen Preise mit einer gewissen Verzögerung erfaßt werden. Zudem werden die (Katalog-)Preise von Bus- und Flugpauschalreisen nur in größeren Abständen geändert. Erst im Sommer 1993 beruhigte sich die Entwicklung (+5% bis +6%), eine deutliche Verlangsamung ist erst seit dem Herbst erkennbar. Im I. Quartal 1994 betrug die Vorjahresveränderungsrate der Preise von Urlaubsleistungen nur noch +2%, eine weitere Verflachung ist absehbar. Dies ist neben den preismindernden Effekten der Ab-

²⁾ Ein kleiner Teil der Aufwendungen für den Eigenheimbau und Reparaturen an Wohnungen sind in der vorliegenden Gliederung unter „industrielle und gewerbliche Waren“ sowie „nicht preisgeregelte Dienstleistungen“ angeführt.

³⁾ Stand von 1986; inzwischen wurde eine Reihe von Preisen aus der amtlichen Preisregelung genommen (etwa Prämien der Haftpflichtversicherung) – sie werden jedoch zu Vergleichszwecken weiter in dieser Gruppe geführt.

wertung in einigen Zielländern vor allem dem Abbröckeln der Flugpreise zu verdanken: Niedrigere Flugpreise zwingen auch die Anbieter von Bus- und Flugpauschalreisen, ihre Preise nicht anzuheben oder sogar zu senken. Diese Entwicklung ist einer der ersten deutlich sichtbaren Effekte auf die Preisentwicklung, die dem EWR zuzurechnen sind.

Die Preise sonstiger Dienstleistungen (z. B. Speisen außer Haus, Getränke im Gasthaus, Haushaltsversicherung, Reinigung, Friseur, private Krankenversicherung, Kino, Fernsehmechaniker, Arbeiten am Pkw) erhöhten sich mit +5,4% 1992 und +5,7% 1993 etwas stärker als die Pro-Kopf-Einkommen in der Gesamtwirtschaft.

Trotz nachlassenden Kostendrucks kräftiger Auftrieb der Preise von Industrieprodukten

Seit mehr als zwei Jahren steigen die Preise der industriellen und gewerblichen Waren trotz Entlastung durch sinkende Rohstoffpreise und nachlassendem Lohndrucks mit einer Rate über der 3%-Marke. Von 1992 auf 1993 beschleunigte sich der Preisauftrieb sogar. In dieser Gruppe, die mit einem Gewicht von 30% die Entwicklung des Verbraucherpreisindex stark beeinflusst, wiesen die Verbrauchsgüter (wie Putzmittel, Körperpflegemittel, Bücher, Zeitungen, Filme, Blumen, Tierfutter) mit +2,5% im Jahr 1993 die geringste Teuerung auf. Langlebige Gebrauchsgüter (etwa Möbel, Bodenbeläge, Öfen, Elektrogeräte, Schmuck, Fotogeräte, Radio- und Fernsehgeräte, Pkw mit 34% des Gruppengewichtes) hatten sich noch 1991 und 1992 um nicht mehr als 2,2% und 2,0% verteuert; erst 1993 zog die Jahresinflationsrate nach kräftigen Preiserhöhungen zu Jahresbeginn auf 3,5% an. Kurzlebige Gebrauchsgüter (wie Hausrat, Bettwäsche, Bekleidung, Schuhe und persönliches Zubehör, Schreibmaterial, Spiel- und Sportgeräte, Autozubehör; Bekleidung, Schuhe und persönliches Zubehör machen mit einem Anteil von fast drei Vierteln die wichtigste Gruppe aus) verteuerten sich 1991 (+3,8%) und 1992 (+4,1%) überdurchschnittlich. Der Preisauftrieb ging allerdings im Laufe des Jahres 1993 von 3,9% (I. Quartal) auf 3,4% (IV. Quartal 1993) zurück. In allen drei Gruppen ließ er Anfang 1994 nach

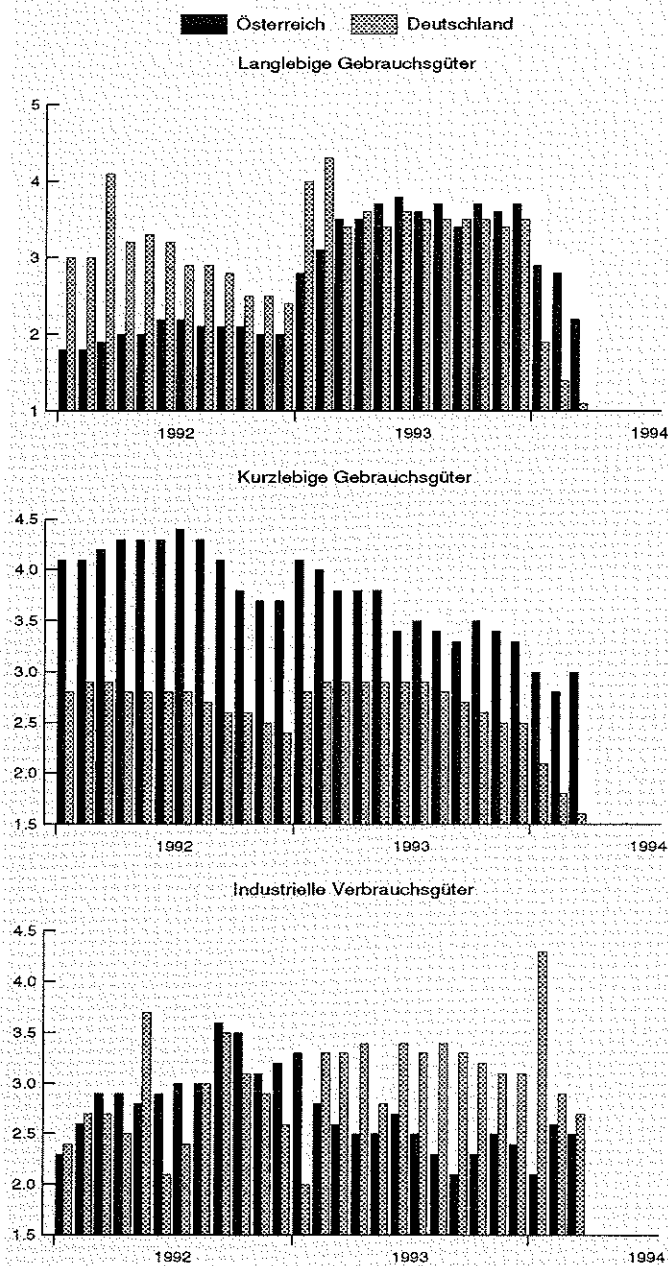
**Preisvergleich mit Westdeutschland:
Asymmetrisches Preisverhalten und
Mehrwertsteuereffekte**

Der relativ hohe Preisauftrieb industrieller und gewerblicher Waren läßt, gestützt auf die Erfahrungen aus der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, asymmetrisches Preisverhalten vermuten: Verteuerungen werden rasch, Verbilligungen dagegen nur langsam und unvollständig an die Letztverbraucher weitergegeben⁴⁾. Auf der Ebene der Konsumentenpreise bietet sich ein Vergleich mit der Entwicklung in Westdeutschland an. In der Vergangenheit hatten sich die Preise der Industriewaren in Österreich ähnlich

**Vergleich der Preise zwischen
Österreich und Westdeutschland**

Abbildung 5

Veränderung gegen das Vorjahr in %



entwickelt wie in der BRD (1992 Österreich +3,1%, Westdeutschland +2,8%).

1993 veränderte sich der Unterschied zwischen den Inflationsraten nur wenig, obwohl in der BRD zu Jahresbeginn die Mehrwertsteuer von 14% auf 15% angehoben wurde. Rein rechnerisch bewirkt eine Erhöhung in diesem Ausmaß, wenn sie voll auf die Konsumenten überwälzt wird, eine Verteuerung der Konsumgüter um 0,9%. Selbst wenn man unterstellt, daß angesichts der Konjunkturlaute die Steuererhöhung erst allmählich an die Konsumenten weitergegeben wird, nimmt das steuerbereinigte Inflationsdifferential auf mindestens ¾ Prozentpunkte zu

⁴⁾ Pollan, W. „Anhaltend hohe Teuerung 1993 von Sonderfaktoren dominiert“ WIFO-Monatsberichte 1993 88(12); OECD Wirtschaftsberichte 1989/90: Österreich Wien 1990

Vergleich der Inflationsraten zwischen Österreich und Deutschland

Übersicht 5

	Öster- reich	West- deutsch- land	Öster- reich	West- deutsch- land	Öster- reich	West- deutsch- land
	1992		1993		I. Quartal 1994	
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Nahrungsmittel, ohne						
Saisonwaren	+4,9	+2,2	+2,7	+1,6	+1,6	+1,1
Saisonwaren	-7,5	-6,0	-2,3	-5,6	-5,8	+0,8
Tabakwaren	+3,0	+5,7	+1,6	+5,2	+3,5	+0,9
Mieten ¹⁾	+5,7	+5,5	+5,1	+5,9	+5,1	+4,8
Dienstleistungen	+4,8	+5,5	+5,4	+6,4	+4,5	+5,1
Industrielle und gewerbliche						
Waren	+3,1	+2,8	+3,3	+3,2	+2,7	+1,9
Industrielle Verbrauchs- güter	+3,0	+2,8	+2,5	+3,1	+2,4	+3,3
Gebrauchsgüter	+3,2	+2,9	+3,6	+3,2	+2,8	+1,6
Langlebig	+2,0	+3,0	+3,5	+3,6	+2,7	+1,5
Kurzlebig	+4,1	+2,7	+3,6	+2,8	+2,9	+1,8
Energie	+3,0	+1,9	-0,7	+1,1	+0,8	+2,9
Index der Verbraucher- preise	+4,0	+4,0	+3,6	+4,1	+3,1	+3,3
Ohne Saisonwaren	+4,2	+4,2	+3,7	+4,2	+3,3	+3,4
Ohne Energie	+4,1	+4,2	+4,0	+4,4	+3,3	+3,4

¹⁾ Österreich: Mieten Dienstleistungen und Sachgüter im Bereich der Wohnung

Die Preise langlebiger und kurzlebiger Gebrauchsgüter bewegen sich deutlich parallel, der Anstieg zu Jahresbeginn 1993 ist in beiden Ländern ausgeprägt (Übersicht 5). Auch die Verlangsamung der Inflation in den ersten Monaten des Jahres 1994 betrifft die Gebrauchsgüter sowohl in der BRD als auch in Österreich. Lediglich die Entwicklung der Preise der Verbrauchsgüter zeigt nur einen losen Zusammenhang⁵⁾.

Verfall der Rohstoffpreise bremst Anstieg der Energiepreise

Der Rückgang der Rohölpreise (auf Schillingbasis) in den letzten drei Jahren dämpfte die Entwicklung der im Verbraucherpreisindex erfaßten Energiepreise (Kohle, Brennholz, Heizöl, Strom, Gas, Fernheizung, Benzin, Diesel). Die Energiepreise blieben 1991 unverändert, stiegen 1992 hauptsächlich aufgrund der Erhöhung der Mineralölsteuer um 3,0% und waren 1993 leicht rückläufig. 1994 zeichnet sich mit der Anhebung der Mineralölsteuer eine leichte Verteuerung ab.

Der Einfluß der staatlich administrierten Preise

In den letzten Jahren verstärkten in einigen Ländern Erhöhungen der Mehrwertsteuer und der Verbrauchsteuern, der Abbau von Preisstützungen sowie die vermehrte Anhebung von Gebühren und Tarifen den Preisaufrtrieb. In Österreich wurde die Frage, wieweit der Staat die Inflation beschleunigt oder doch eine Verlangsamung verhindert, anlässlich des „Solidarpaktes“ von Oktober 1993 aktuell. In diesem Abkommen verpflichteten sich der Bund, die Länder und Gemeinden darauf hinzuwirken, daß Gebühren- und Tarifierhöhungen nicht über der Inflationsrate liegen würden.

Die Definition der staatlich administrierten Preise kann eng oder weit gesteckt sein. Wenn die im Verbraucherpreis erfaßten preisgeregelten Dienstleistungen⁶⁾ sowie die Gemeindeabgaben⁷⁾ (mit einem Gewicht von 8,2% im VPI) als Basis der Berechnung herangezogen werden, ergibt sich für 1993 kaum ein Unterschied. Ohne Berücksichtigung dieser Gruppe stieg der VPI um 3,5% (statt +3,6%); die staatlich administrierten Dienstleistungspreise wurden um 5,0% angehoben. Im I. Quartal 1994 erhöhte sich jedoch die Differenz auf 3 Prozentpunkte. Der VPI ohne Tarife stieg um nur 2,8%, die Tarife um 5,8%. Zieht man weiters von der Preissteigerungsrate im „privaten Sektor“ die Effekte der Anhebung der Mineralölsteuer (um 50 Groschen) sowie der Versicherungssteuer (auf Sachversicherungen von 10% auf 11%) ab, ergibt sich eine Inflationsrate von nur 2,6%.

Das Österreichische Statistische Zentralamt verwendet auch eine weitergefaßte Definition, die jene Regelungen berücksichtigt, die im Basisjahr 1985 galten. In der Definition der „öffentlich beeinflussten Preise“ kommen zu den preisgeregelten Dienstleistungen Grundnahrungsmittel, Tabakwaren, Gemeindeabgaben und Rauchfangkehrergebühren und

die meisten Energieträger. 1993 stiegen die nicht öffentlich beeinflussten Verbraucherpreise mit +3,7% etwas stärker als der VPI insgesamt (+3,6%); die öffentlich beeinflussten Preise erhöhten sich mit +3,3% unterdurchschnittlich, hauptsächlich wegen rückläufiger Energiepreise sowie der unterdurchschnittlichen Verteuerung von Grundnahrungsmitteln (+2,4%). Dieses Muster kehrte sich im I. Quartal 1994 um: Die öffentlich beeinflussten Preise erhöhten sich um 3,6%, die nicht öffentlich beeinflussten um 3,0%, der VPI insgesamt um 3,1%.

Eine noch weitergefaßte Definition verwendet der Deutsche Sachverständigenrat. Sie schließt auch alkoholische Getränke sowie Fleisch und Fleischprodukte (EU-Agrarmarktregelung) und Wohnungsmieten (einschließlich Nebenkosten) im öffentlich geförderten Wohnungsbau ein. Die staatlich administrierten Verbraucherpreise haben im VPI der BRD ein Gewicht von 42%. Laut Berechnungen des Sachverständigenrates betrug die Teuerungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung der privaten Haushalte ohne staatlich administrierte Verbraucherpreise in den ersten neun Monaten 1993 3,7% (VPI insgesamt 4,2%); die staatlich administrierten Verbraucherpreise erhöhten sich dagegen gegenüber dem Vorjahr um 4,9%. Der Sachverständigenrat weist allerdings darauf hin — eine Aussage, die auch auf Österreich zutrifft —, daß das Niveau der staatlich administrierten Preise seit dem Jahr 1985 wesentlich langsamer gestiegen ist als die Preise für die Lebenshaltung insgesamt. Insofern spiegeln sich in den Steigerungsraten administrierter Preise zum Teil aufgestaute Kostensteigerungen der vergangenen Jahre, die weniger kontinuierlich als vielmehr in Form von Preisschüben an die Verbraucher weitergegeben werden.

⁵⁾ Die starken Steigerungsraten dieser Gruppe in Westdeutschland gehen auf die merkliche Anhebung der Arzneimittelpreise zurück (im Vorjahresvergleich 1993 +8% darunter Rezeptgebühren +30%; Jänner 1994 +21% bzw. +71% Ohne Berücksichtigung der Arzneimittelpreise wäre die Verteuerung der Verbrauchsgüter in Westdeutschland 1993 um fast 1 Prozentpunkt im Jänner 1994 um fast 2,5 Prozentpunkte geringer gewesen.

⁶⁾ Ohne die Haftpflichtversicherung für Pkw die nicht mehr der staatlichen Preisregelung unterliegt

⁷⁾ Einschließlich Rauchfangkehrergebühren